



Quelle: VCI / Neumann

ERSTER SCHRITT AUF EINEM LANGEN WEG CHEMIE-GIPFEL IM KANZLERAMT

Je schwieriger die Lage, desto größer der Handlungsdruck – die kritische Situation der deutschen Chemie-Industrie hat nun auch das Kanzleramt erreicht. Ende September lud Bundeskanzler Olaf Scholz die Spitzen von BAVC, IG BCE und VCI zum Chemie-Gipfel, an dem auch zahlreiche Bundesminister, Ministerpräsidenten der Länder und Repräsentanten der Unternehmen teilgenommen haben.

Ursprünglich als „Innovations-Gipfel“ geplant, wurde das Treffen angesichts der massiven Wettbewerbsnachteile am Standort Deutschland zum „Krisen-Gipfel“ für die drittgrößte Industriebranche Deutschlands. Denn mit der Zukunft der Chemie stehen auch die Position der Bundesrepublik als führende Wirtschaftsnation und nicht zuletzt die Chancen für eine erfolgreiche Transformation unserer Gesellschaft hin zur Klimaneutralität auf dem Spiel.

Ziel ist ein Chemie-Pakt von Politik und Industrie

So wichtig der Austausch zwischen Industrie und Politik auf höchster Ebene ist, so offen ist derzeit noch, wann konkrete Maßnahmen greifen, um die chemische Industrie international wieder konkurrenzfähig aufzustellen (siehe Seite 2). Zwar sei „das Bewusstsein für die Herausforderungen der Transformation und die Dringlichkeit der Lage in der Politik vorhanden“, fasst BAVC-Präsident Kai Beckmann den Verlauf des Gipfels zusammen. Bisher fehle allerdings ein „schlüssiges Gesamtkonzept.“ Entscheidend ist nun, wie schnell ein gemeinsamer Aktionsplan von Politik und Industrie entwickelt und umgesetzt wird. „Der Austausch zu den Rahmenbedingungen der chemischen Industrie soll fortgesetzt werden mit dem Ziel eines Chemie-Pakts“, so die Bundesregierung.

Substanzielle Entlastung bei den Energiekosten nötig

Unsere Branche hat den Gipfel im Kanzleramt genutzt, um zu zeigen, dass die Unternehmen massiv in die Transformation investieren. Der Umbruch unserer Branche liegt nicht vor uns, wir stecken mittendrin. Wir packen ihn an in kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Jetzt ist die Politik am Zug - den Worten müssen Taten folgen: Entlastungen für energieintensive Betriebe, weniger Bürokratie und nicht zuletzt ein Belastungsmoratorium, das seinen Namen verdient.

"WAS BISLANG FEHLT, IST EIN SCHLÜSSIGES GESAMTKONZEPT."

Kai Beckmann
BAVC-Präsident

CHEMIE-PAKT: DIE ZEIT DRÄNGT

Seite 2



CHEMIE-BESCHÄFTIGTEN-STRUKTUR (TEIL I)

Seite 4





CHEMIE-GIPFEL IM KANZLERAMT DIE ZEIT DRÄNGT

Die Ergebnisse des Chemie-Gipfels der Bundesregierung, der auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz mit mehreren Bundesministern, Ministerpräsidenten der Länder und den Spitzen von IGBCE, VCI und BAVC am 27. September stattgefunden hat, sind ein erster Schritt. Das Bewusstsein für die Herausforderungen der Transformation und die Dringlichkeit der Lage ist in der Politik vorhanden. Nun müssen aber konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Chemie-Industrie steht auf dem Spiel. Ein erster Prüfstein für eine substantielle Entlastung könnte der geplante Koalitionsausschuss am 20. Oktober sein.

Energiekosten runter und Energieversorgung sichern

VCI-Präsident Markus Steilemann betonte im Anschluss an das Treffen: „Heute im Kanzleramt wurden Schritte in die richtige Richtung unternommen, doch die ungelöste Frage der hohen Strompreise hängt wie ein Damoklesschwert über unserer Branche. Die Bundesregierung muss im Oktober ein kurzfristiges Energiepaket schnüren und den Strompreis drastisch senken. Es ist fünf vor zwölf und Lösungen müssen jetzt her.“

Die Energiekosten liegen in Deutschland um ein Vielfaches über den Preisen der internationalen Konkurrenz. Dabei hat die deutsche Chemie schon heute einen hohen Strombedarf, der durch das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 auf bis zu 500 TWh jährlich ansteigen kann. Bis ausreichend erneuerbarer Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen, die notwendige Netzinfrastruktur, Energiespeicher und Importe von erneuerbaren Energieträgern zu Verfügung stehen, braucht die energieintensive chemische Industrie daher zeitlich befristet Unterstützung. Dies machten die Spitzen von IGBCE, VCI und BAVC im Gespräch mit der Bundesregierung erneut deutlich. Rückendeckung bekamen sie dabei auch von den anwesenden Länderchefs, die mit Nachdruck schnelle Hilfen von der Bundesregierung einforderten.

Entlastungen vorantreiben, Belastungen stoppen

Die Deindustrialisierung am Standort Deutschland ist kein abstraktes Risiko. Längst orientieren die Unternehmen sich selbst oder zumindest einzelne Geschäftsfelder um. Steigende Energiekosten sind aber nicht allein die Ursache. Wettbewerbsfeindliche Steuern, Sozialabgaben und der Regulierungswahn der letzten Jahrzehnte führen bereits seit einigen Jahren zur Abkehr vom Standort und zur Verlagerung von Investitionen ins Ausland.

KONTAKT



SILKE STELMANN

Leiterin Hauptstadtbüro Berlin
silke.steltmann@bavc.de

Der von Bundeskanzler Scholz nach der Sommerpause bereits angekündigte „Deutschlandpakt“ inklusive verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten kann aber nur ein Teil der kurzfristigen Antwort auf den amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) sein. Die anwesenden Industrievertreter waren sich einig, dass diese erst dann zu einem Beschleuniger für die dringend notwendigen Investitionen in Deutschland werden, wenn auch die langfristigen Investitionsprämien des geplanten Wachstumschancengesetzes ihre Wirkung entfalten. Bis dahin braucht es dringend ein Planungsmodernisierungsgesetz, um Genehmigungsverfahren - auch auf kommunaler Ebene - durch Digitalisierung und Reduzierung der Anforderungen zu verkürzen. Die Bundesregierung muss auch hier liefern – je schneller, desto besser.

Innovationen am Standort sichern

Die Chemie-Branche ist ein wichtiger Arbeitgeber, der sowohl direkt als auch indirekt für Hunderttausende hochqualifizierte Arbeitsplätze sorgt. Durch ihre Innovationskraft und wettbewerbsfähige Produktion spielt die Branche eine entscheidende Rolle in der deutschen Wirtschaft. Sie ist als Grundstoffindustrie zudem treibende Kraft für ein resilientes Europa und den Strukturwandel. High-Tech-Chemikalien aus Deutschland sind die Enabling-Technologien beispielsweise für Batterietechnik, aber auch für Chips und Halbleiter aus Europa und für die Energie- und Mobilitätswende. Die sichere Verwendung von Stoffen in Produktion und Forschung darf daher nicht pauschal verboten oder durch überzogene Anforderungen ausgeschlossen werden. Das klare Bekenntnis der Bundesregierung zu einer risikobasierten Bewertung von Chemikalien und zum chemischen Recycling sind daher positive Ergebnisse des Gipfels.

Fachkräftesicherung für mehr Investitionen

Qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Anzahl sind für Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor, gerade wenn es um zukünftige Investitionsentscheidungen geht. Daher ist es unerlässlich, alle Potenziale im In- und Ausland zu heben. Die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung ist zu begrüßen. Zugleich muss aber auch die Erwerbsmigration aus Drittstaaten vereinfacht und die Zuwanderung konsequent am Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Mit der im Frühjahr verabschiedeten Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes macht die Bundesregierung einen wichtigen Schritt. Neben den rechtlichen Änderungen müssen aber auch die Rahmenbedingungen für die qualifizierte Migration verbessert werden. Wichtig ist nun, dass die Maßnahmen zur Beschleunigung, Digitalisierung und stärkeren Transparenz der Verwaltungsverfahren schnell umgesetzt werden. Daran wollen Bund und Länder gemeinsam weiter arbeiten – so die klare Aussage der Bundesregierung auf dem Gipfel.

Chemie-Pakt bleibt erklärtes Ziel

Beim Spitzentreffen bekräftigten Politik, Industrie und Sozialpartner ihr gemeinsames Ziel eines wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Chemie-Standorts Deutschland. Der Austausch zu den Rahmenbedingungen der chemischen Industrie soll fortgesetzt werden mit dem Ziel eines Chemie-Pakts. Dieser muss dann aber auch zügig Realität werden und konkrete Maßnahmen umfassen.

BAVC-Präsident Kai Beckmann betont: „Ohne Investitionen in die Zukunft der Industrie werden wir unsere führende Stellung unter den Wirtschaftsnationen der Welt verlieren. Deutschland muss weiter in neue Technologien und Arbeitsplätze investieren und dafür sind die Mehrbelastungen für die energieintensiven Branchen abzufedern. Dazu gehört insbesondere eine wettbewerbsfähige Energieversorgung zu langfristig konkurrenzfähigen Preisen.“

Autorin: Silke Steltmann



„Wir wollen, dass die Transformation ein Erfolg wird. In unseren Unternehmen arbeiten wir jeden Tag daran. Aber ohne die Innovationen aus der Chemie wird die Transformation scheitern. Damit unsere Branche ihren Beitrag leisten kann, brauchen wir substanzielle Entlastung bei den Energiekosten und der Bürokratie. Den Worten müssen jetzt Taten folgen.“



Quelle: Shutterstock 1048930442

CHEMIE-BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR (TEIL 1) ÜBER 40 NATIONEN UND MEHR ÄLTERE

In der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland arbeiten zur Zeit rund 477.000 Menschen. Das sind gut 2 Prozent mehr als noch zu Beginn dieses Jahrzehnts. Verglichen mit dem Jahr 2010 ist die Zahl der Beschäftigten sogar um 15 Prozent gestiegen. Eine noch höhere Zahl an Mitarbeitenden als derzeit verzeichnete die Branche zuletzt vor einem Vierteljahrhundert im Jahr 1998. Damals waren es gut 484.000 Menschen. Soweit die Werte der amtlichen Statistik, wie sie vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen werden.

Es gibt aber auch noch weitere Statistiken und Abgrenzungen: So sind in den tarifgebundenen Mitgliedsunternehmen der Chemie-Arbeitgeberverbände sogar etwa 580.000 Menschen tätig. In diesen Verbänden sind neben Betrieben aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie auch Unternehmen aus den Bereichen Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Mineralölverarbeitung organisiert. Dementsprechend größer fällt die Gesamtsumme der Mitarbeitenden aus. Und auch die Bundesagentur für Arbeit führt eigene Statistiken. Sie zählt die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen nach Wirtschaftsbereichen. In dieser Betrachtung wurden für die Branchen im Bereich der Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen zuletzt insgesamt gut 514.000 Mitarbeitende ausgewiesen.

Woher unsere Beschäftigten kommen

Die Bundesagentur für Arbeit erfasst dabei in ihrer Statistik auch die Nationalität der jeweiligen Beschäftigten. Hier zeigt sich eine große Diversität. In der Branche sind Menschen aus über 40 Nationen tätig. Beschäftigte mit deutscher Staatsangehörigkeit stellten dabei zuletzt einen Anteil von gut 90 Prozent. Unter den knapp 9,7 Prozent aller Mitarbeitenden, die keinen deutschen Pass besitzen, kam jeweils in etwa eine Hälfte aus Staaten der Europäischen Union und die andere Hälfte aus Ländern außerhalb der EU.

Den größten Anteil an den ausländischen Beschäftigten nehmen dabei Mitarbeitende mit türkischem Pass ein. Sie stellen fast 9.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Branche und damit rund 1,7 Prozent aller Mitarbeitenden. Ebenfalls eine vierstellige Anzahl an Beschäftigten besitzen die Staatsangehörigkeit von Italien (0,8 Prozent aller Chemie-Beschäftigten), Polen (0,6 Prozent), Rumänien, Kroatien, Österreich und Frankreich (je 0,4 Prozent), Griechenland und Spanien (je 0,3 Prozent) sowie Russlands (0,2 Prozent).

Zuletzt ist der Anteil aller Mitarbeitenden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, leicht gestiegen. Waren es Ende 2019 noch 8,5 Prozent, so stieg der Wert drei Jahre später auf 9,7 Prozent. Der Anstieg verteilte sich dabei recht gleichmäßig auf viele Nationalitäten. Spürbare Steigerungen entfielen

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

auf Beschäftigte aus Rumänien und Polen; und auch aus der Ukraine arbeiten heute mit etwa 800 doppelt so viele Menschen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie als vor drei Jahren.

Mitten im demografischen Wandel

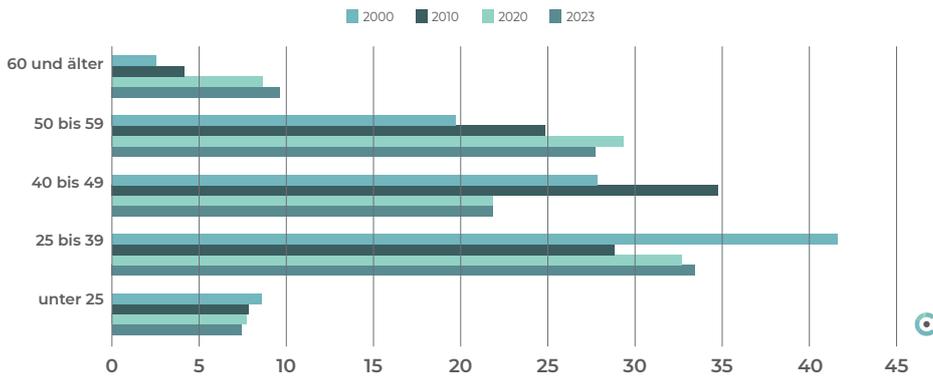
Die Analyse der Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt zudem: Der demografische Wandel ist auch in der chemisch-pharmazeutischen Industrie längst angekommen. Die Mitarbeitenden der Branche waren Ende 2022 im Durchschnitt 43,2 Jahre alt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit allerdings zunächst keine weitere Veränderung ergeben. 2015 betrug das Durchschnittsalter in der Chemie erst 42,8 Jahre. Und am Anfang des Jahrtausends waren die Beschäftigten mit damals 40,1 Jahren im Schnitt sogar noch mehr als drei Jahre jünger als heute.

Die Zahl der jungen Beschäftigten unter 25 Jahren lag nach den aktuellsten Daten Ende 2022 bei 7,5 Prozent. Zu Beginn des Jahrtausends waren es noch 8,5 Prozent aller Mitarbeitenden, die in diese Kategorie fielen. Der Anteil der Gruppe der 25- bis 39-Jährigen an allen Beschäftigten hat zuletzt allerdings sogar wieder leicht zugelegt. Zuletzt stellten sie 33,4 Prozent aller Menschen, die in der Branche arbeiten. Das sind etwas mehr als noch 2020 (32,6 Prozent), aber immer noch deutlich weniger als zu Beginn des Jahrtausends mit damals über 40 Prozent. Grund für die leichte Steigerung ist sicherlich der Beschäftigungsaufbau im vergangenen Jahrzehnt, bei dem auch viele jüngere Menschen eingestellt wurden, die jetzt in diese Kategorie fallen.

Im zweiten Teil des Artikels in der November-Ausgabe des BAVC-Impuls werden wir unter anderem beleuchten, in welchen Entgeltgruppen die Mitarbeitenden der Branche heute schwerpunktmäßig tätig sind, wie groß der Anteil der Schichtbeschäftigten ist und wie viele in Teilzeit arbeiten.

Altersstruktur chemisch-pharmazeutische Industrie

Anteile an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent; WZ20 und WZ21



Quelle: IAB / Bundesagentur für Arbeit, BAVC-Berechnungen

Fast jeder Zehnte ist über 60 Jahre alt

In der mittleren Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen hat es mit Blick auf den Anteil an allen Beschäftigten zuletzt keine wesentlichen Veränderungen gegeben. Bei den älteren Mitarbeitenden in der Branche ist der Anteil der 50- bis 59-Jährigen mit nun 27,7 Prozent zuletzt leicht rückläufig gewesen. 2020 lag der Wert noch bei 29,3 Prozent. Hier zeigt sich, dass die geburtenstarken Jahrgänge langsam aus dieser Alterskategorie hinauswachsen und die nachkommenden Jahrgänge deutlich schwächer besetzt sind.

Wie in den zurückliegenden Jahren ist der Anteil der Mitarbeitenden ab dem Alter 60 hingegen weiter deutlich gewachsen. Sie stellen nun 9,6 Prozent aller Beschäftigten. Fast jeder Zehnte, der in der Branche tätig ist, fällt nun in diese Altersklasse. Im Jahr 2000 hatte der Anteil erst bei 2,5 Prozent gelegen – damit war damals nur jeder 40. Beschäftigte 60 Jahre oder älter. In den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie arbeiten inzwischen auch fast 1.000 Menschen, die das 66. Lebensjahr bereits vollendet haben, aber weiter einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

Autor: Lutz Mühl



Quelle: Shutterstock 1561815367

SOZIALVERSICHERUNG

REZEPTE FÜR EIN STABILES GESUNDHEITSWESEN

Demografischer Wandel, die Zunahme chronischer Erkrankungen und der Fachkräftemangel belasten das Gesundheitswesen zunehmend. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung ist auf Rekordniveau und für 2024 ist ein deutlicher Anstieg der Beitragsbemessungsgrenzen angekündigt. Dabei gab die gesetzliche Krankenversicherung 2022 bereits 274 Milliarden Euro für die medizinische Versorgung ihrer Versicherten aus. Ein Maßnahmenpaket zur nachhaltigen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist überfällig, um die Beitragszahlenden zu entlasten.

Notwendige Schritte zur Effizienzsteigerung

Die im Koalitionsvertrag zugesagten kurzfristigen Maßnahmen müssen umgesetzt werden. Dazu gehören kostendeckende Beiträge für Bürgergeld-Empfänger (ca. 10 Milliarden Euro), ein dynamischer Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen (ca. 6 Milliarden Euro) sowie eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für alle Krankenversicherungsleistungen mit vollem Mehrwertsteuersatz (ca. 4,7 Milliarden Euro bei Medikamenten). Geprüft werden sollte auch die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten.

Für eine langfristig gesicherte Finanzierung bedarf es allerdings umfassender Strukturreformen. Nur mit einer konsequenten Umsetzung der verabredeten „Eckpunkte Krankenhausreform“ mit einheitlichen Leistungsgruppen wird eine Konsolidierung der Krankenhauslandschaft erreicht. Mehr Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung und innerhalb der einzelnen Krankenkassen stärkt zugleich auch die Qualität der Leistungen. Durch eine bessere Patientensteuerung würden Ressourcen besser genutzt.

Fokus auf Basisabsicherung und Eigenverantwortung

Das Gesundheitssystem muss sich stärker auf eine Basisabsicherung großer Risiken fokussieren. Aus dem Leistungskatalog sollten insbesondere medizinisch nicht notwendige Leistungen herausgenommen und in die Eigenverantwortung der Versicherten gelegt werden (z. B. die hauswirtschaftliche Versorgung und Haushaltshilfen), um sie als Zusatzleistungen individuell abzusichern. Selbstbeteiligung und Transparenz würden Anreize für ein gesundheits- sowie kostenbewusstes Verhalten der Versicherten setzen. Die Hilfe der Solidargemeinschaft sollte nur dort in Anspruch genommen werden, wo die eigenen Möglichkeiten nicht ausreichen. Eine bessere Prävention und Verantwortung für die eigene Gesundheit kann etwa durch gesunde Ernährung, betriebliche Gesundheitsförderung, Verhaltensprävention und Sport erreicht werden.

Autorin: Christiane Debler

KONTAKT



CHRISTIANE DEBLER

Stellvertretende Geschäftsführerin
Soziale Sicherung, Sozialrecht

christiane.debler@bavc.de



BAVC-TRANSFORMATIONSSTUDIE

SKILLSHIFT: DIGITALER UND NACHHALTIGER

Die Chemie steckt mitten in der Transformation – Ausgang offen. Die BAVC-Studie „Chemie-Arbeitswelten 2030“ beschreibt anhand von drei Szenarien, wohin sich die Branche bis zum Ende des Jahrzehnts entwickeln kann. Im Idealfall gelingt es uns, das Szenario „Fortschritt“ zu realisieren, in dem wir uns als Industrie für nachhaltige Lösungen auf dem Weltmarkt positionieren. In jedem Fall gilt: Die Unternehmen stehen vor nie dagewesenen Herausforderungen, die sie nur mit dem richtigen Personal bewältigen können.

Höhere Nachfrage nach IT- und F&E-Fachkräften...

Was „richtig“ bedeutet, leitet sich wesentlich aus den beiden Megatrends ab, denen sich die Branche zurzeit gegenüber sieht: Laut Studie erfordern Digitalisierung und der Einsatz neuer, nachhaltiger Technologien Belegschaften, die über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Klimafreundliche Prozesse und Anlagen oder biologische Rohstoffe entwickeln sich schließlich nicht von selbst! Heruntergebrochen auf Berufsfelder: Bis 2030 braucht die Chemie deutlich mehr Fachkräfte in den Bereichen IT und Softwareentwicklung sowie Forschung und Entwicklung: jeweils bis zu 9.000 bzw. 12.000 FTE bis 2030.

... sowie in Technik und Instandhaltung

Im Berufsfeld Technik und Instandhaltung steigt die Nachfrage umso mehr, je erfolgreicher sich die Branche in Richtung Szenario „Fortschritt“ bewegt – im besten Fall würde der Bedarf um bis zu 7.000 FTE steigen. Das Berufsfeld Produktion bleibt essenziell (ca. 50 Prozent der Chemie-Belegschaft). In absoluten Zahlen kann es aber zu beträchtlichen Bedarfsanpassungen kommen: Während am einen Ende („Rückschritt“) mit bis zu 25.000 FTE weniger gerechnet wird, ist im Best-Case-Szenario ein Plus von 5.000 FTE denkbar.

Geringerer Bedarf an kaufmännischen und Labor-Profilen

Federn lassen müssen die Bereiche Kaufmännische Berufe und Labor. Hier ist die Nachfrage nach Fachkräften über alle Szenarien sowohl anteilig als auch in absoluten Zahlen rückläufig. Mit Blick auf Erstere werden Rationalisierungs- und Outsourcing-Potenziale konsequent gehoben – digitale Lösungen erleichtern Effizienzgewinne. Im Extremfall werden dadurch bis zu 17.000 Beschäftigte weniger in der Verwaltung benötigt.

Labortätigkeiten müssen wegen hohen Kostendrucks mit einer verstärkten Verlagerung ins Ausland rechnen – die Nachfrage nach Beschäftigten in diesem Bereich geht um bis zu 10.000 FTE zurück.

Autor: Andreas Ogrinz

KONTAKT



ANDREAS OGRINZ

Geschäftsführer
Bildung, Innovation, Nachhaltigkeit
andreas.ogrinz@bavc.de

LINK

Die BAVC-Transformationsstudie „Chemie-Arbeitswelten 2030“ steht Ihnen zum Download zur Verfügung auf:

[bavc.de](https://www.bavc.de)



Quelle: BAVC

TRANSFORMATION UND FUTURE SKILLS

IT-KOMPETENZEN SELBST AUSBILDEN – SO GEHT'S!

KI, Datenanalysen, vernetzte Produktionssysteme: In der Chemie werden bis 2030 laut BAVC-Transformationsstudie bis zu 9.000 zusätzliche IT-Fachkräfte gebraucht. Wer jetzt in die eigene Ausbildung investiert, sichert sich Wettbewerbsvorteile und macht sich unabhängiger von Engpässen am Arbeitsmarkt.

Chancen der eigenen Ausbildung nutzen

Die duale Ausbildung bietet ein breites Berufe-Portfolio, um digitale Kompetenzen für das eigene Unternehmen zu sichern. Nachfolgend einige Beispiele:

Fachinformatiker/-in: Sie wollen Apps programmieren, Daten und Algorithmen zur Optimierung von Prozessen nutzen oder vernetzte Produktionssysteme implementieren? Mit den Fachrichtungen „Anwendungsentwicklung“, „Systemintegration“, „Digitale Vernetzung“ sowie „Daten- und Prozessanalyse“ bringt der Fachinformatiker das dafür notwendige Knowhow mit.

IT-Systemelektroniker/-in: Sie suchen eine Fachkraft für die Planung, Konfiguration und Inbetriebnahme von Systemen und deren Stromversorgung? Dann ist der Ausbildungsberuf „IT-Systemelektroniker/-in“ eine gute Wahl.

Kaufleute für Digitalisierungsmanagement: Die Schnittstelle zwischen IT und kaufmännischen Funktionen soll optimal gestaltet werden? Die Digitalisierung von Geschäftsprozessen steht im Fokus? Dann stärken Sie ihr Team mit Kaufleuten für Digitalisierungsmanagement.

Kaufleute im E-Commerce: Sie brauchen eine Fachkraft, um Ihre Onlineportale oder -shops, erfolgreich zu managen? Jemanden, der sich mit digitalem Marketing und E-Commerce auskennt? Dann investieren Sie in Kaufleute im E-Commerce.

Chemikant/-in: Stärken Sie die Zukunftskompetenzen in der Produktion, in dem Sie den Chemikanten mit der Wahlqualifikation „Digitalisierung und vernetzte Produktion“ ausbilden.

Metall- und Elektro-Berufe: Sie brauchen mehr IT-Knowhow in der Instandhaltung? Dann bilden Sie die M+E-Berufe mit digitalen Zusatzqualifikationen aus. Die Bandbreite reicht von der „additiven Fertigung“, „digitaler Vernetzung“ und „Programmierung“ über „IT-Sicherheit“ bis hin zur „IT-gestützten Anlagenänderung“.

Autor: Christopher Knieling

KONTAKT



CHRISTOPHER KNIELING

Programmleiter Nachwuchsmarketing
Bildung und Innovation

christopher.knieling@bavc.de

INFO

Mehr Informationen zu digitalen Kompetenzen in der Ausbildung finden Sie unter:

elementare-vielfalt.de/digitalisierung